Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2,35 M., monatl. 10 M. vorauszahlbar frei ins Haus. Kreuzbandsendung monatlich 12 M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Johannes Reihe, Hamburg
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 20 M., abends sowie Sonn- und Festtags 30 M.

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 2,20 M., zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 2,40 M. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 300. Donnerstag, den 1. Juli 1920. – Morgen-Ausgabe. **34. Jahrgang.**

Reichswirtschaftsrat.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 30. Juni.

Die erste Sitzung des Reichswirtschaftsrats wurde heute abgehalten. Der Sitzungssaal des Herrenhauses ist bis auf den letzten Platz besetzt. Auch die Tribünen sind gut besucht.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Fehrenbach und die Minister Koch und Scholz, ferner Reichstagspräsident Löbe.

Kommerzienrat Bamberg eröffnet als Alterspräsident die Sitzung pünktlich 3 Uhr. Zu Schriftführern werden berufen: Hepp, Aufhäuser, Böslein und Georg Bernhard.

Reichskanzler Fehrenbach begrüßt den vorläufigen Reichswirtschaftsrat namens der Reichsregierung und führt aus: Die Reichsverfassung habe sich das ideale Ziel gesetzt, die Gleichberechtigung aller in der Wirtschaft tätigen Kräfte bei der Entwicklung der produktiven Kräfte der Nation herbeizuführen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat ist ein wichtiges Glied zur Verwirklichung dieses Zieles. Nach seiner Zusammensetzung und seinen Aufgaben steht er als eine neue Erscheinung unter den Parlamenten der Welt da. Der Zusammenschluß von wirtschaftlich gleichberechtigten Personen ist den Deutschen nicht fremd. Wir finden ihn verwirklicht in unsern Markgenossenschaften, Zünften, Gilden und Gewerkschaften. Die Revolution hat auch den Arbeitnehmern den Weg zur Einwirkung auf den Produktionsprozeß freigemacht. Im Zusammenhang mit der Gesamtwirtschaft sollen Sie Ihre Sachkenntnis in den Dienst der Weiterentwicklung der Wirtschaft stellen, um Freude am Schaffen daraus zu gewinnen. Neu ist auch die Aufgabe, die dem Reichswirtschaftsrat gestellt ist. Er soll das Reichsparlament entlasten. Er ist nicht zusammengesetzt aus rein zufälligen Vertretern von Wirtschaftsgruppen, sondern in ihm sind planmäßig und verfassungsgemäß alle Kreise unseres Wirtschaftslebens vertreten. Ihm liegt die Aufgabe ob, entsprechend dem Artikel 155 eine rein wirtschaftliche Körperschaft aufzubauen, die bis heute noch nicht besteht. Sie zu schaffen, wird die Aufgabe der nächsten Monate sein. Die wirtschaftliche Lage ließ es der Reichsregierung geboten erscheinen, sich die wirtschaftliche Hilfe des vorläufigen Reichswirtschaftsrates zu sichern bei den schweren Proben, denen die deutsche Wirtschaft in den nächsten Monaten ausgesetzt sein wird. Dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat wird die Bedeutung zukommen, die er sich selbst zu geben weiß. Er muß sich bewußt sein, daß der wirtschaftliche Fortschritt heute weniger Sache des einzelnen ist, und daß es notwendig ist, daß der einzelne lernt, sich dem Interesse des Ganzen einzufügen. Möge dieses erste Wirtschaftsparlament der Welt den Grundstein legen, auf dem wir weiterbauen zum Wohle des Vaterlandes. (Beifall.)

Danach nimmt der Reichswirtschaftsrat den Entwurf einer Geschäftsordnung an. Es folgt die Wahl des Präsidiums unter Namensaufruf mit Abgabe von Zetteln. Es wurden 296 Stimmzettel abgegeben, davon waren 63 unbeschrieben, 228 lauteten auf den Arbeitgeber Edlen v. Braun, der damit gewählt ist.

Der Vorsitzende übernahm darauf die Leitung der Versammlung und erklärte: Ein großer Teil Deutschlands sieht auf den Reichswirtschaftsrat mit der Hoffnung, daß er die Gesundung und den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens fördern wird. Wir werden alle Kraft anspannen müssen, wenn wir die in uns gesetzten Erwartungen erfüllen wollen. Wir wollen mit frischem Mut und Vertrauen an die Arbeit gehen in der Ueberzeugung, daß es nun gilt, wirtschaftliche Fragen von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus zu behandeln und zu lösen. Wir wollen versuchen, die Interessengegensätze auszugleichen. Als Vorsitzender werde ich bemüht sein, dahin zu wirken, daß hier keine Redetourniere stattfinden, daß keine Reden zum Fenster hinausgehalten werden, sondern sachlich gearbeitet wird. (Lebhafter Beifall.)

Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden wird dann als Vertreter der Arbeitnehmer der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Legien gewählt mit 243 Stimmen bei 42 Enthaltungen. Durch Zuruf werden noch weitere sieben stellvertretende Vorsitzende aus den einzelnen Gruppen gewählt. Ferner wurden 9 Schriftführer gewählt.

Es wurde dann ein wirtschaftspolitischer Ausschuß gewählt, dem 30 Mitglieder angehören, weiter ein sozialpolitischer Ausschuß von 30 Mitgliedern, ein Geschäftsordnungsausschuß mit 20 Mitgliedern und ein Wahlprüfungsausschuß mit 4 Mitgliedern.

Darauf bittet der Vorsitzende, daß der wirtschaftspolitische Ausschuß wegen der Entsendung von Vertretern nach Spa sich möglichst bald konstituieren möge.

Auf Vorschlag Georg Bernhards beschließt die Versammlung, daß sämtliche Ausschüsse gleich nach Schluß der Versammlung zusammentreten.

Eingegangen ist ein Antrag Wissell, nach dem die Schließung von Betrieben wegen der daraus entstehenden volkswirtschaftlichen und sozialen Schäden als unmöglich geboten erscheine. Dieserhalb möge der wirtschaftspolitische Ausschuß in eine sofortige Prüfung der Frage eintreten und dem Reichswirtschaftsrat Vorschläge zur Beschlußfassung vorlegen. Der Antrag wird dem wirtschaftspolitischen Ausschuß überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. — Schluß 5 Uhr.

Die Aussprache im Reichstag.

Von unserem Berliner parlamentarischen Mitarbeiter.

In der Fortsetzung der politischen Aussprache hielt am Mittwoch die weitaus beste Rede der Bayerische Volksparteiler Dr. Heim. Wenn auch aus der Schar der Freunde und Gönner, die ihn dicht umdrängten, laute Zwischenrufe erschallten, so war sich doch am Schluß das Haus darüber einig, eine politisch kluge Rede von einem gescheiten und vor allem wirtschaftlich gut unterrichteten Manne gehört zu haben. Heim steht seit langem in nicht ganz unbegründetem Verdacht, mehr mit gewissen Kreisen der französischen Ostpolitiker zu liebäugeln, als für einen deutschen Abgeordneten wünschenswert ist. Um so beachtenswerter ist die eindringliche Rede, die der süddeutsche Sonderbündler an die Adresse Frankreichs gerichtet hat. Er sprach von einem gewissen Sadismus, der sich an den Qualen Deutschlands weide, anstatt unser Land und unser Volk durch richtige Unterstützung zum Nutzen der ganzen Welt wieder flott zu machen. Heim brachte viel Verständnis für die Sorgen des erschöpften, schwerleidenden Frankreichs auf, das sich für Jahrzehnte militärisch gegen Osten sichern wolle. Er, der gewiß ein Preußenfresser ersten Ranges ist, rät Frankreich aber auch, sich von der Furcht vor einer deutschen Revanche freizumachen, weil die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes niemals für einen solchen Gedanken zu haben ist. Möchte Frankreich gerade im Hinblick auf Spa von diesem bayerischen Abgeordneten die Mahnung anhören, daß vielleicht das Bestehen Europas davon abhängt, daß Deutschland und Frankreich sich auf einer mittleren Basis einigen. Manches, was Heim über die Landwirtschaft und über die jetzigen Notstände sagte, wird der Sozialdemokrat ablehnen, manches aber findet auch in unseren Reihen Widerhall. So das Wettern des Bauernführers gegen unberechtigte Steigerungen der Erzeugerpreise, zum Beispiel bei den Kartoffeln. Heim rief der Landwirtschaft und ihren Vertretern in den Rechtsparteien zu, daß nun der Landwirt sein soziales Gewissen entscheiden lassen möge, sonst werde er vielleicht einen Berg von Papierzetteln aufhäufen, aber am Schluß doch alles verlieren. Heim verlangte, daß endlich das Gewissen der Bauern geweckt werden solle, aber auch in Handel und Industrie die Profite stabilisiert werden müßten. — Wie sehr unterschied sich von der Rede des bayerischen Bauernvertreters die Rede des Zentrumsabgeordneten Trimborn. Das Zentrum beginnt schon merklich nach rechts zu rücken. Trimborn scheint reichlich viel Rotgardisten zu sehen und sehr scharf auf die Gewaltmenschen von links, sehr wenig aber auf die Gewaltmenschen von rechts zu achten. Er unterstrich die Berührungspunkte, die seit Jahrzehnten das Zentrum mit den Konservativen, den jetzigen Deutschnationalen habe. In geradezu leidenschaftlicher Form rief der sonst so gemütliche Trimborn nach einer starken Regierung, nach einer Festigung der Autorität. Mit den Sozialdemokraten möchte es Herr Trimborn so wenig verderben, wie Stresemann, der nach ihm zu Worte kam. Der Führer der Deutschen Volkspartei nahm einige Flegeleien, die seine Presse gegen sozialdmokratische Parteiführer gebracht hatte, ausdrücklich und mit Bedauern zurück. Auch außerhalb der Regierung bleibt unsere Partei — das mögen die Arbeiter nicht vergessen — eine Macht. So sehr Trimborn, Stresemann und Schiffer einen Block mit den Deutschnationalen zurzeit wegen des Empfindens der Volksmehrheit als unmöglich erklärten, so lebhaft warben sie um die Mitarbeit der Sozialdemokratie. Es ist richtig, was der Zentrumssprecher sagte, daß die Sozialdemokratie auch in der Opposition viel Verantwortung trägt, und sie wird ihre Macht zum Wohle der Arbeiterschichten auch außerhalb der Regierung, wenn es nottut auch gegen die Regierung, zu nutzen haben.

*

(Telephonischer Bericht.)

4. Sitzung. Berlin, 30. Juni, mittags 1 Uhr.

Anfragen und Anträge.

Am Regierungstisch: Fehrenbach, Dr. Heinze, Koch, Wirth.

Vizekanzler **Heinze** erklärt auf Anfrage, daß die Regierung bereit sei, die Interpellationen über Vorbereitungen zum Generalstreik, über die Brotversorgung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und über die Erhöhung der Lebensmittelpreise in den nächsten Tagen zu beantworten. Ein Antrag des Geschäftsordnungsausschusses auf Aufhebung der gegen den Abg. Mittwoch (USP.) verhängten Festungsstrafe wird nach den Ausführungen des Berichterstatters Dr. Pfeiffer (Z.) für die Dauer der Sitzungsperiode einstweilen angenommen.

Der gleiche Berichterstatter erklärt, daß der Ausschuß den Antrag Schulz-Bromberg (DNP.) auf Aufhebung eines gegen den Abg. v. d. Kerkhoff (DNP.) schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session zustimmt.

Rosenfeld (USP.): Wir treten unter allen Umständen für den Schutz der Immunität ein, gleichgültig, um welche Partei es sich handelt. Hier kommt eines der wichtigsten Volksrechte in Frage. Wir schützen die Immunität nicht, weil sie ein Privileg der Abgeordneten ist, sondern weil eine Verbürgung der Rechte der Wähler vorliegt, die ein Recht darauf haben, daß die von ihnen gewählten Männer auch mitzutagen in der Lage sind. Im Gegensatz zur Rechten mutzen wir solche Frage nie parteipolitisch aus, sondern kennen nur eins, Schutz der Rechte des Volkes.

Der Ausschußantrag wird darauf einstimmig angenommen.

Die Aussprache über die Regierungserklärung

wird darauf fortgesetzt.

Trimborn (Z.): Wir sind in eine neue Periode unserer politischen Entwicklung eingetreten. Die Grundlage unserer Tätigkeit muß die Reichsverfassung sein. Sie ist unverrückbar. Wir sind heute noch trotz aller Kritik der festen Ueberzeugung, daß die alte Regierungskoalition die einzige Möglichkeit bot, zur Verfassung und zum Wiederaufbau zu kommen. Wir haben es begrüßt, daß die Deutsche Volkspartei nunmehr der Regierung beigetreten ist. Das ist eine wesentliche Stärkung der Regierung. Wir beklagen es anderseits, daß die Sozialdemokratie aus der Regierung ausgeschieden ist. Eine Regierung ohne jede Demokratie und Arbeitervertretung kann uns nicht helfen. — Unsere herzlichsten Segenswünsche begleiten den Reichskanzler bei der Uebernahme seines opferreichen Amtes. — In Spa muß unsern Gegnern klargemacht werden, daß Deutschland Lebenslust und Lebenshoffnung nicht gewinnen kann, wenn ihm nicht eine Lebensmöglichkeit geboten wird. Die überwiegende Mehrheit des Volkes sehnt sich aber nach einer starken Regierung. Die ewige Notenherstellung kann uns nicht helfen. Die Einnahmen und Ausgaben müssen in Einklang gebracht werden, sonst sind wir tot. Wir sind ja schon dem Abgrund nahe. Die von Preußen geplante Zwangspensionierung aller Beamten über 65 Jahre ist auch vom Sparsamkeitsstandpunkt bedenklich. Vor allem müssen Eisenbahn und Post billiger arbeiten. Die neue Besoldungsreform ist schon jetzt wieder lückenhaft geworden. Wir müssen mehr Waren, mehr Rohstoffe erzeugen. Kohle und Kali müssen der Volkswirtschaft zu erschwinglichen Preisen zugeführt werden. Wir billigen alle Maßnahmen, die dazu helfen, um der wachsenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Das Bekenntnis des Reichskanzlers zur sozialen Reform begrüßen wir. Die Lebensmittelversorgung kann nur verbessert werden durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Bei der schlechten Lage der Ernährung würde die Aufhebung der Zwangswirtschaft zu Preissteigerungen führen, die mit dem Wohle der Bevölkerung nicht vereinbar sind. Die Männer der neuen Regierung können unseres vollen Vertrauens gewiß sein.

Dr. **Stresemann** (DVP.): Es ist schärfste Kritik geübt worden an dem parlamentarischen System. Besonders bezeichnend war die Stellung der Mehrheitssozialdemokratie. Obgleich man ihre Mitarbeit wünschte, versagte sie die Mitarbeit. (Zuruf bei den SD.: Seit wann wird diese Mitarbeit gewünscht?) Das, was in den Monaten des Wahlkampfes, namentlich auch von den literarischen Mitarbeitern des „Vorwärts“ geleistet worden ist, läßt wohl an Geschmack- und Taktlosigkeit nichts zu wünschen übrig. Einer vernünftigen Sozialisierung wird niemand entgegenstehen, wenn durch sie die Hebung der Produktion gewährleistet wird. Den Gesamtaufbau des Kabinetts hatten wir uns allerdings ganz anders gewünscht, doch begrüßen wir es als eine Etappe auf dem Wege zur Entpolitisierung unseres Wirtschaftslebens. Die Zwangswirtschaft hat sich mannigfach gut bewährt. Jetzt ist sie aber reif, bis auf wenige unentbehrliche Nahrungsmittel, beseitigt zu werden. Diese Frage erfordert die Mitarbeit der Wirtschaftler. Doch ist der dazu eingesetzte Wirtschaftsrat nicht eine glückliche Instanz; denn mit seinen 390 Mitgliedern ist er zu vielköpfig. Die Wirtschaft muß von der Zentralisierung befreit werden, unter der sie gegenwärtig leidet. Dazu müssen die Landwirtschaftsräte mehr gehört werden, damit nicht immer Klagen über die Bevorzugung Berlins laut werden. Gewerkschaften und Großindustrielle müssen zusammenarbeiten, wie bei dem Wohnungsbau für Bergarbeiter versucht wurde. Die Unterschrift in Spa kann noch verhängnisvoll werden. Sie kann uns vor Wirklichkeiten stellen, die für Deutschland vernichtend sind. So ohnmächtig sind wir nicht, trotz des verlorenen Krieges, als daß nicht unsere Wirtschaft mitbestimmend wäre für die andern Völker. Die sogenannten Staatenlosen müssen den Auslandsdeutschen gleichgestellt werden. Auch der Kriegsgefangenen, die heute noch nicht zurückgekehrt sind, muß in Spa gedacht werden. Auch auf das Verhalten der Besatzungstruppen im besetzten Gebiet ist hinzuweisen. Ebenso auf die Schikanierung in Ostpreußen durch die Polen. Jedenfalls darf in Spa der Wunsch, feste Verhältnisse zu schaffen, nicht dazu führen, Unerfüllbares zuzugestehen. (Lebhafte Zustimmung.) Das neue Kabinett hat in schwerer Zeit sein Amt übernommen. Möge es aufbauende Arbeit leisten, dann wird die große Mehrheit des Volkes hinter ihm stehen. (Lebhafter Beifall bei der DVP.)

Schiffer (DDP.): Wenn durch unsere Haltung die Bildung der Regierung verzögert worden ist, so ist das nicht unsere Schuld. Hätten wir eher unsere Einwilligung gegeben, dann hätte man uns vorgeworfen, wir hingen an unseren Aemtern. (Sehr richtig bei den DDP.) Dieser Standpunkt ist von den Sozialdemokraten nicht geteilt worden. In Uebereinstimmung mit dem Vorredner halte ich das für einen schweren Fehler. Wenn eine Partei eine Verantwortung hat, dann kann sie die Folgen nicht dadurch von sich wälzen, daß sie aus der Regierung austritt. (Zustimmung.) Die Stellung der Sozioldemokratie ist immerhin insofern zweifelsfrei, als sie der Regierung ihre materielle und positive Unterstützung nicht versagt. Gerade wir Demokraten schlagen die Brücke zwischen den beiden Volksteilen, die auseinanderzufallen drohen. Die Mitarbeit der Dsutschnationalen haben wir nicht als im Interesse des Vaterlandes betrachten können. (Lebhaftes Hört, hört! rechts). Die Gefahr, in die unsere Interessen gegenüber dem Auslande bei einer Beteiligung der Deutschnationalen geraten würden, ist zu groß. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Der demokratische Gedanke ist maßgebend gewesen für die Regierungsbildung wie für die Regierungserklärung. Der Geist der Demokratie setzt sich durch, weil er der stärkere ist. (Lebhafter Beifall.) Das Programm des Reichskanzlers begrüßen wir. Seine Erklärung ist von diesem Gefühl getragen. Die große Zahl der Einzelheiten, die sie enthielt, bürgt uns dafür, daß man sich über all diese Fragen im Kabinett geeinigt hat und daß das Kabinett daher von Dauer sein kann. Es fehlt leider dem Volke an Verständnis für die schwere Zeit. Bei uns bildet die innere Politik den Hauptfaktor; die Geschichte beweist aber, daß große Staaten immer daran zugrunde gegangen sind, wenn die inneren Zwistigkeiten den Vorrang erhielten. Der Friedensvertrag leidet an dem inneren Widerspruch, daß man gleichzeitig uns niederwirft und aus uns Nutzen ziehen will. Die dringend notwendige Revision des Friedensvertrages können wir nicht erhoffen von einer sozialistischen Internationale, sondern von der Internationale des wachsenden Elends der ganzen Welt. Wir werden in Spa nicht bramarbasieren und inquisitieren, sondern bis zum Aeußersten und Letzten loyal und offen sein. (Beifall.) Wird diese Sprache nicht gehört, dann müssen wir, so schlimm die Folgen auch sein können, ein Nein sagen. (Lebhafter Beifall.) Denn das schlimmste wäre jetzt, etwas zu versprechen, was wir nicht halten können. Alle die gesteckten Ziele müssen im engen Einvernehmen mit den Ländern erreicht werden. Wenn die Dinge zum Einheitsstaat drängen, so können wir doch einen zentralistischen Einheitsstaat nicht brauchen. (Sehr richtig!) Eine starke Regierung, die Wahrheit, Entschlossenheit und Tatkraft besitzt, werden wir gern unterstützen. (Lebhafter Beifall bei den Demokraten.)

Dr. **Heim** (Bayr. Volksp.): Diejenigen, die nach Spa gehen, müssen sich vorher eine genaue Bilanz aufmachen, eine Bilanz der Wahrheit. Sie müssen sich aber auch in die Mentalität der Ententestaaten und besonders Frankreichs, das unendlich viel gelitten hat, vertiefen. Aber die sind nicht die unklügsten Gläubiger, die ihren Schuldnern beispringen, um sie vor dem Ruin zu bewahren. Das erste, um einen verlotterten Betrieb wieder in die Höhe zu bringen, ist Stabilität und Ordnung. (Zuruf bei den USP.: Und Bayern?) Lassen Sie uns doch für uns selber sorgen. Wir wollen in Bayern einen Bürger- und Arbeiterstaat ohne Klassengegensätze. (Lebhaftes Bravo!) Frankreich soll wissen, daß das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit jeden Militarismus vollkommen ablehnt, aber mit dem Verlangen, unser Heer auf 100 000 Mann zu reduzieren, zerstört Frankreich die erste Voraussetzung unseres Wiederaufbaues, die Ordnung. Der Wiederaufbau kann erfolgreich nur sein, wenn die besten Männer des ganzen Volkes an die Spitze gestellt werden, dann aber auch für längere Zeit wirken können und nicht alle paar Monate wieder abtreten müssen. (Sehr richtig!) Ich muß auch hier noch eine Lanze für die Zwangswirtschaft brechen, die in dem heutigen Stadium einfach unentbehrlich ist. Unsere wahnsinnigen Preissteigerungen auf allen Gebieten können nicht so weitergehen. Darüber ist sich alles klar. Wir leiden an einem fehlerhaften Valutazirkel. Dagegen gibt es nur eine Rettung: die Einführung einer doppelten Valuta, wie ich dieses in meiner letzten Rede ausgeführt habe. Daß der Preisabbau einsetzen muß, auch darüber ist sich jeder klar. Ich habe nichts dagegen, wenn er bei der Landwirtschaft einsetzt, um so endlich über das alte Widerspiel hinauszukommen: zuerst Löhne — zuerst Preise — zuerst Landwirtschaft — zuerst Industrie. Dazu ist es aber in erster Linie notwendig, daß die für die Landwirtschaft notwendigen Produkte, wie Düngemittel usw., stabisisiert werden. Stabilisiert muß auch werden der Gewinn jeder Art. (Lebhaftes Bravo!) Es geht nicht an, daß wichtige Gesellschaften heute 900 pZt. Dividende verteilen; da ist die Frage leicht gelöst, warum alles so teuer ist. (Lebhaftes Sehr richtig!) Der Gewinn des Einzelnen und der Gewinn der Gesellschaften, wie dieses in England während des Krieges geschehen ist, muß auf eine gewisse Höhe beschränkt werden. Schrankenloser Gewinn ist Verbrechen am Volk. (Sehr richtig! links und in der Mitte.) Ich sage hier offen, daß die Regierung jetzt in das Gegenteil der Kriegszeit gefallen ist und jetzt zu hohe Höchstpreise festsetzt. Das haben die bayerischen Bauern erst jetzt wieder erklärt, daß sie eine Herabsetzung des Weizenpreises und des Kartoffelpreises für nötig halten. (Sehr richtig! links.) Der Landwirtschaft erwächst daraus aber (zur Rechten): Sagen Sie das allen Ihren Landwirten, die Pflicht, mit ihren Preisen die niederst möglichste Grenze innezuhalten. (Lebhaftes Bravo!) Auch die Steuergesetzgebung muß darauf entsprechend Rücksicht nehmen. So ist zum Beispiel das steuerfreie Existenzminimum des Einkommens heute längst nicht mehr richtig. (Sehr richtig!) Ein Nonsens ist ein dezentralisierter Zentralismus. Wir müssen den föderalistischen Aufbau beibehalten. Die Zentralisierung bedeutet eine riesige Verteuerung des Betriebes und ist für unsern Wiederaufbau am allergefährlichsten. Bei unserer auswärtigen Politik müssen wir den Parteistandpunkt viel mehr zurücktreten lassen, müssen nach dem stolzen englischen Wort denken und handeln: right or wrong, my country (Lebhafter Beifall.)

Präsident **Löbe** teilt mit, daß die USP. ein Mißtrauensvotum gegen die neue Regierung beantragen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Donnerstag, 1 Uhr. Notetat, Anträge, Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung. Schluß 6 Uhr.

Politische Nachrichten.

Die Reichstagsarbeiten.

(Eigene Drahtmeldung.)

In der Donnerstagssitzung des Reichstages werden unter anderen zur Regierungserklärung Hermann Müller, Helfferich und Klara Zetkin sprechen, die wegen Unpäßlichkeit am Mittwoch zu reden verhindert war. — Die Abstimmung über die Vertrauensfrage wird wahrscheinlich am Freitag erfolgen. Unsere Fraktion hat einstimmig beschlossen, das Mißtrauensvotum der Unabhängigen abzulehnen, da es der von Scheidemann abgegebenen Erklärung widerspricht, daß wir uns gegenüber der Regierung abwartend verhalten wollen.

Nach Abschluß der großen politischen Debatte wird der Reichstag noch die Interpellationen über die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot und die Lebensmittelnot erledigen.

Die Fraktion bestimmte zu Rednern für die Arbeitslosenfrage Koersten und Molkenbuhr, für die Wohnungsfrage Silberschmidt und Sollmann, für den Marburger Studentenprozeß Dr. Radbruch. Der Reichstag wird vermutlich bis in die zweite Hälfte der kommenden Woche zusammen bleiben.

Der Ausschuß des Reichstags für die auswärtigen Angelegenheiten wird am Donnerstag abend die gesamten in Spa zur Verhandlung kommenden Fragen in nicht öffentlicher Sitzung beraten. Die sozialdemokratische Fraktion delegiert in diesen Ausschuß Scheidemann, Eduard Bernstein, Hermann Müller, Adolf Braun, Stücklen, Dr. Grabnauer, Sollmann, Hildebrandt, Frau Pfülf und Stampfer.

Eine deutsch-französische Schiedsinstanz.

Millerand teilte auf eine Anfrage mit, daß Deutschland der Bildung eines deutsch-französischen Schiedsausschusses zugestimmt habe, welcher die Fragen der Ein- und Ausfuhrbestimmungen regeln solle. Die Botschafterkonferenz habe am 10. Juni beschlossen, die deutsche Regierung in einer Note aufzufordern, ihren Handel mit den Bestimmungen des Versailler Friedens in Einklang zu bringen. Der französische Großindustrielle Eugen Schneider hielt auf der Tagung der internationalen Handelskammer in Paris eine Rede, deren Hauptzweck war, die amerikanischen Vertreter davon zu überzeugen, daß Frankreich unbedingt mehr von Deutschland erhalten müsse. Die deutsche Schwerindustrie habe ihre Arbeit bis zu 65 pZt. des Friedensumfanges wieder aufgenommen, während die französische Schwerindustrie infolge der Zerstörung der nordfranzösischen Gruben nur 25 pZt. der Friedensarbeit zu leisten vermag.

Vom ungarischen Militarismus.

Die ungarische Regierung hat nach einer Meldung der „Wiener Arbeiterzeitung“ gegen den berüchtigten Terroristen Oberleutnant Heijas einen Haftbefehl erlassen, der jedoch auf ausdrückliche Weisung des Reichsverwesers Horthy vom Militärminister aufgehoben werden mußte. In einer Geheimsitzung der ungarischen Nationalversammlung führte der Militärminister aus, daß die Nationalarmee der Ruin des Landes sei. Ihre Aufstellung kostete 16 Milliarden Kronen. Sie umfaßt 40 000 Offiziere, und ein Offizier kostet jährlich 62 000 Kronen. Außerdem erfordert die Unterhaltung verschiedener Formationen im Auslande (Menschenraubabteilungen) ungeheure Summen. Jede Automobiltour der Offiziere kostet 100 000 bis 150 000 Kronen.

Der schwedisch-finnische Konflikt.

Die schwedische Regierung hat die finnische Regierung aufgefordert, die beiden verhafteten Aaländer auf jeden Fall freizulassen, bis der Völkerbund die Frage behandelt habe. Man rechnet mit einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, jedoch sollen in diesem Falle die Handelsbeziehungen und die Konsulate weiterbestehen bleiben.

Hamburger Bürgerschaft.

32. Sitzung.

30. Juni, nachmittags 3 Uhr.

Vorsitzender: Präsident **Roß**.

Der Vorsitzende gibt zunächst der Versammlung davon Kenntnis, daß die Beamten Geesthachts die Einreihung Geesthachts in Ortsklasse A beantragen und daß der Deutsche Bauarbeiterverband, Bezirksverein Hamburg und Umgegend, die Fertigstellung eines Schulneubaues auf dem Lübeckertorfelde und Schaffung von Arbeitsgelegenheit für Bauarbeiter fordert. Ferner ist ein Antrag Carl Cohn (DDP.) und Genossen eingegangen, der auf die nächste Tagesordnung gesetzt wird: Die Bürgerschaft beschließt, den Senat zu ersuchen, beim Reich dahin zu wirken, daß die Außenhandelsstellen beseitigt werden.

Die Unruhen wegen der Teuerung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält zu einer Anfrage an die Polizeibehörde das Wort

Mähl (WB.): Die Teuerung hat zu Krawallen geführt. Karrenhändler mußten ihre Waren unter Einkaufspreis abgeben. Ebenso erging es vielen Gemüseläden. Auch die meisten Schuhwarengeschäfte wurden zur Herausgabe zu niedrigem Preis gezwungen. Gerade die Kleinhändler sind die Letzten, die große Gewinne einheimsen wollen. Es hätte die Presse dahin aufklärend wirken müssen und nicht nachher Geschrei erheben. Ich frage die Polizeibehörde: Was denkt sie zu tun, um solchen Ausschreitungen entgegenzutreten und die Detaillisten in der Zukunft davor zu schützen? Was wird getan, um die Lebensmittelversorgung Hamburgs sicherzustellen?

Die Anfrage beantwortet

Schädlich (SD.): Durch die Anfrage ist die Polizeibehörde für die Vorgänge verantwortlich gemacht worden. Man sollte eigentlich fragen, was tut die Regierung, um den Wucher zu bekämpfen? (Sehr richtig!) Darum handelt es sich nämlich. Die Stimmungen, die auf der Straße sich entladen haben, sind in den ganzen letzten Jahren entstanden. Trotz aller Bekämpfungen blüht der Wucher nach wie vor. Auf der einen Seite sind die Läger voll Waren, auf der andern Seite leidet die Bevölkerung Not. Und nun kommt man dabei und will die Löhne abbauen, weil die hohen Löhne Schuld an den teuren Waren sein sollen. (Das gehört nicht hierher!) Gewiß gehört das hier mit her! (Der Redner wird von der rechten Seite des Hauses dauernd unterbrochen, so daß der Redner auf der Tribüne schlecht zu verstehen ist.) Wir haben hier in Hamburg Tausende von Arbeitslosen, die seit Monaten Not leiden. Sie müssen in Ihren Kreisen auch darauf hinwirken, daß sich die Kreise mit geringerem Verdienst begnügen. (Lebhafte Unruhe.) Die Erdbeeren sind mit 3 bis 4 M Aufschlag verkauft worden; seit Wochen haben wir in Hamburg keine Kartoffeln mehr. (Lebhafte Unruhe. Präsident mahnt zur Ruhe.) Die Polizeibehörde konnte nicht wissen, ob eine Aktion geplant sei. (Zuruf: Dann müssen andere Leute an die Spitze!) Die Polizeibehörde hat getan, was in ihren Kräften stand. Es ist ihr ja auch gelungen. Wir haben 5000 Karrenhändler und wir können doch nicht bei jeder Karre mehrere Beamte hinstellen. Wir sind bestrebt, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln so gut es irgend geht sicherzustellen.

Hierauf erhält Thälmann (USP.) das Wort zu einer Anfrage an das Kriegsversorgungsamt. Er fragt an, was das Kriegsversorgungsamt zu tun gedenkt, um den Preis für Obst, Gemüse und Kartoffeln herabzusetzen. In der Umgegend sind die Preise für die Nahrungsmittel bedeutend billiger. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, damit solche Zustände, wie wir gehabt haben, nicht wieder vorkommen.

Die Anfrage beantwortet **Fischer** (SD.): Auch an den letzten Unruhen soll das Kriegsversorgungsamt wieder Schuld haben. Herr Thälmann muß aber wissen, daß wir in Obst und Gemüse keine Zwangsbewirtschaftung, sondern den freien Handel haben. Mit den Höchstpreisen für Kirschen haben wir im vorigen Jahre schlechte Erfahrungen gemacht. Die Kartoffelversorgung ist augenblicklich eine schlechte, da die alten Kartoffeln alle sind. Neue Kartoffeln sind bisher noch nicht angefahren. Wenn das Publikum sich gegen Uebervorteilung schützen will, dann mag es Anzeige bei den zuständigen Stellen (Wuchergerichte, Preisprüfungsstelle) machen. Das Kriegsversorgnugsamt kann für die Unruhen nicht verantwortlich gemacht werden.

Auf Antrag wird die Besprechung der beiden Anfragen beschlossen.

Dr. **Blinckmann** (DDP.): Mit Befremden haben wir Herrn Schädlich gehört, der in Form eines linksradikalen Agitationsredners die Rechte einschließlich Demokraten angriff. Gerade die kleinen Händler und Karrenhändler sind Angehörige seiner Partei. Wir müssen das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage wiederherstellen, uns hilft eben nur der freie Handel. Der Verwaltungsapparat kostet ungeheures Geld und ist ein großer Preistreiber. Auch die Arbeitslöhne tragen zur Preisbildung bei. Dem geringen Absatz gegen früher hilft der Händler durch etwas erhöhten Preis ab. Schaffen wir Verbraucherorganisationen, um zur passenden Zeit zu teure Waren zu boykottieren. Die Zwangswirtschaft hat zur vollständigen Untergrabung der Staatsautorität geführt. Diese Lebensmittelunruhen sind Anfänge eines vorbereiteten Putsches. Die Volksseele ist nicht von selbst so plötzlich übergekocht. Auf unabhängiger Seite ist man der Meinung, daß die äußerste Rechte die Putschisten sind. Es ist Aufgabe der Polizeibehörde, im rechten Augenblick taktvoll einzugreifen. Wie Herr Schädlich sagt, haben wir 5000 Karrenhändler und 4000 Sicherheitssoldaten. Die Polizeibehörde soll die Unruhen im Keime ersticken und nicht warten, bis das ganze Haus brennt. Die Wache am Hopfenmarkt hat sich durchaus richtig benommen. Warum war die Sicherheitspolizei am Sonnabend in so großer Zahl beurlaubt, wo jeder wußte, was los war? Nur schnelles Eingreifen verhindert Massenexzesse.